

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 205.

Freitag 26. Juli 1907.

101. Jahrgang.

Bezugs-Preis

Der Beleg und die Probe nach unten...

Abonnement-Preise: Einzelheft 10 Pf.

Abonnement-Preise: Vierteljahr 2.50 Mk.

Abonnement-Preise: Halbjahr 4.50 Mk.

Anzeigen-Preis

Die Zeilen sind 10 bis 12 Buchstaben...

Zeilen von 1 bis 10 Buchstaben...

Abonnement-Preise: Einzelheft 10 Pf.

Abonnement-Preise: Vierteljahr 2.50 Mk.

Das Wichtigste vom Tage.

* Wie jetzt offiziell bekannt gegeben wird...

* Die „Nordb. Allg. Stg.“ veröffentlicht die von dem Generalleutnant v. Liebert auf Veranlassung...

* Die französische Regierung hat eine dauernde Kommission zum Studium der schlagenden Wetter eingerichtet.

Prozessberichterstatter und Staatsanwaltschaft.

Wir erleben es jetzt bei nahezu jedem größeren Strafprozeß, daß der Kampf um Schuld oder Unschuld...

Auch der Prozeß Hau hat dies wieder gezeigt. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Untersuchungsrichter wie Staatsanwalt so einseitig von der Schuld des Angeklagten überzeugt waren...

Dieser Streit ist damit aber nicht aus der Welt geschafft. Um so weniger, als sich jetzt ein Blatt gefunden hat, das seine Kritik in scharfer Weise gegen Herrn Schweder richtet...

Es handelt sich um einen Artikel im „Zeitungsbote“, einer Fachzeitschrift, die zwar nur das Organ einer beschränkten Verlegergruppe ist, aber vielfach in der Öffentlichkeit als Sprachrohr der deutschen Zeitungserleger überhaupt angesehen und damit in ihren Urteilen über Prozeßangelegenheiten leicht überhöht wird.

Er hat zuerst dafür zu sorgen gehabt, daß die Abnehmer seiner Korrespondenz — zu denen wir übrigens in diesem Falle nicht gehört haben — einen Bericht für den Prozeß Hau bekamen, der ohne die gewöhnliche Verwahrung der Prozeßakten, die Geschehnisse und Verhältnisse, die zu dem Prozeß führten, schilderten.

Und nun das weitere Verhalten des Staatsanwalts. Kurzerhand stellt er eine Frage an den Beugen Schweder, die diesen auf das tiefste verlegen mußte. Er bringt ihn in den Verdacht der Heuchelei. Er stellt Herrn Schweder hin, als wäre er ein Schmod, der schreibt, wie ihm besahmt wird.

Wir sind dem Verfasser dieser Zeitschrift nur angelegentlich unseres G. Hoffmanns, „Allerhand Sprachsammlungen“ (Leipzig, Fr. W. Grunow) zum Studium empfehlen können, so hoffen wir, daß der Zeitungsbote künftig anbeirrt durch die Vereinigenommenheit anderer Berufsvertreter die Interessen des Journalismus besser vertreten wird...

Der neue Skandal.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Die Familienangehörigen des früheren Unterrichts- und späteren Justizministers, Senators Chaumié, sind unter Anklage gestellt, Ordnungsverletzungen, Strafaufsatz, Begünstigungen usw. gegen Bezahlung bejagt zu haben.

Als Chaumié Justizminister war, hatte ein Reporter des „Matin“ seinen Informationsleiter so weit getrieben, aus dem Zimmer eines Untersuchungsrichters die Akten einer Skandalaffäre zu „maulen“, einen Auszug daraus zu veröffentlichen und sie dann wieder mit höflichen Regierungssperren zu versehen.

Der „Matin“ verzog aber Herrn Chaumié seine Unberücksichtigung nicht und vertrat sich, ihm die Wiederkehr zur Regierungsmacht ein für allemal unmöglich zu machen und ein Exempel zu statuieren.

Chaumié zitierte den „Matin“ vor das Schwurgericht von Agen, seiner Heimat. Quers kam es zu einer wichtigen Justizkommission; der „Matin“ bestritt die Unparteilichkeit der Richter von Agen, die sämtlich von Chaumié Avancements erhalten hätten, und zitierte sie alle als Reagenz.

Zum zweiten Male wurde in Agen verhandelt. Der Redakteur des „Matin“ zog ein Dekret hervor, das die Unterschrift eines Reffen des Justizministers trug, und auf das nur ein Name eingeschrieben zu werden brauchte, um, wenn immer man wollte, zum Offizier der Academie zu ernennen!

Unmöglich hat der „Matin“ ein umfangreiches Material erhalten, das zwar nicht die Schuld Chaumiés, wohl aber die seiner beiden Reffen Paul und Jean Lascombes, ersterer Privatsekretär, letzter der andere Kabinetsadjunkt, beweist. Tatsächlich beantragte die Verfolgung der Lascombes, die es einer hohen Intervention verdanken sollen, noch nicht hinter Schloß und Riegel zu gehen.

mente, die die Unterschrift „Lascombes“ trügen, aber gefälscht seien, da sie auf ein ministerielles Papier gedruckt seien, das erst monatelang, nachdem Chaumié und seine Angehörigen das Ministerium verlassen hatten, in Gebrauch genommen wurden.

Der „Matin“ behauptet, daß Jean Lascombes noch nicht der schlimmste von der „Bande Chaumié“ gewesen sei, daß sein älterer Bruder Paul ein wahrer Wüstling war, der mit seiner Geliebten in einem Bohémienkabinett des Quartier latin die Nächte durchschmugelte und aus schamlosem den Ordenshandel betrieb.

Deutsches Reich.

Leipzig, 26. Juli.

Eisenbahnsprengung. In Salzburg sind Vertreter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu einer Konferenz über eine in allen vorerwähnten Punkten übereinstimmende Gestaltung der Eisenbahn-Betriebsbedingungen beider Länder zusammengetreten.

Wahlkreisreform. Am 19. Juli fand in Wien eine Versammlung der kaiserlichen Reichsanwaltschaften statt. Die Mittelstandsvereinsung hat nach einem Vortrag des Generalsekretärs Ludwig Habrecht-Tredten die folgenden Beschlüsse gefaßt: Die Mittelstandsvereinsung unterliegt in 1. ländlichen Wahlkreise (Bittau-Obbau) Herrn Richter-Gröschmann (natl.), im 2. ländlichen Wahlkreise (Styria) Herrn Gutscheider (natl.), im 3. ländlichen Wahlkreise (Südböhmen) Herrn Gutscheider (natl.), im 4. ländlichen Wahlkreise (nordböhmischer Teil der Amtshauptmannschaft Obbau) Herrn Gutscheider (natl.), im 5. ländlichen Wahlkreise (nordböhmischer Teil der Amtshauptmannschaft Obbau und Waagen) Herrn Gemeindevorstand Sode-Bichhorn, im 6. ländlichen Wahlkreise (westlicher Teil der Amtshauptmannschaft Obbau und südlicher Teil der Amtshauptmannschaft Waagen) Herrn Stadtschreiber Hübner-Sprengberg (natl.).

Krupp, Ehrhardt und die griechische Regierung. Wie wir kürzlich mitteilten, haben die beiden deutschen Firmen Krupp und Ehrhardt, die an dem von der griechischen Regierung veranstalteten Wettbewerb zur Erlangung von neuen Geschützen beteiligt waren, ihr Geschäftsmaterial zurückgezogen, nachdem sie sich überzeugt haben, daß die französische Konkurrenz von vornherein in unzulässiger Weise begünstigt wurde.

Die deutsche Regierung hatte, solange der Wettbewerb einen ernten Untergrund zu haben schien, die deutschen Werte nach Kräften unterstützt; jetzt besteht für sie kein Anlaß mehr, sich in Erörterungen mit der griechischen Regierung über die Bevorzugung des einen oder des anderen Konkurrenten einzulassen.

Die Folgen der Wittener Katastrophe. Aus Dortmund meldet uns ein Privattelegramm: Nach dem Unglück in Witten wurde auf die gefährliche Lage der Sprengstofflager im Industriegebiet hingewiesen. Die Regierung ordnete Untersuchung an, deren Folge nunmehr eine allgemeine ministerielle Verfügung ist, welche die Verlegung der Sprengstofflager in dichte Waldungen fernab von bewohnten Gegenden vorschreibt.

Lieberts Entschuldigung. Die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ schreibt: In dem vor dem Münchener Schwurgericht verhandeltem Peterprozeß hatte der Reichstagsabgeordnete Generalleutnant v. D.